

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **34 (1954-1955)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Es scheint angebracht, ein kurzes Wort über die Abstimmung vom 5. Dezember 1954 zu sagen. Die *Rheinau-Initiative* ist an diesem Tage vom Schweizervolk mit 503 791 Nein gegen 229 324 Ja und von allen Ständen außer Schaffhausen verworfen worden. Das Bild der Abstimmungszahlen war vom geographischen Gesichtspunkt aufschlußreich, wie auch die Stimmbeteiligung. Während der Kanton Schaffhausen das annehmende Votum bei starker Beteiligung, aber immerhin mit knappem Stimmenverhältnis abgab, erschien schon im Kanton Zürich das Bild der Abstimmungslage durchaus zwiespältig. Zwar erwies sich auch da die Stimmbeteiligung sehr wesentlich über dem eidgenössischen Durchschnitt von etwas mehr als 50%, aber je weiter man vom Objekt selbst weg kam, um so geringer wurde, auch im Kanton Zürich, die Zahl der Ja-Stimmen. Vollends gering war das Interesse für die Sache in den weiter westlich gelegenen Landesteilen, größer, aber durchaus im negativen Sinn, in der Ostschweiz und in Graubünden. Hier spielte zum Teil das Problem einer kommenden Hochrheinschiffahrt stark hinein, ähnlich wie in Basel, wo, in beiden Halbkantonen, aber durchaus nach der anderen Richtung, die Abneigung gegen diesen Wasserweg der Zukunft in einem verhältnismäßig starken Gewicht der Ja-Stimmen zum Ausdruck kam. Völlig klar war die Lage im Kanton Graubünden, wo man für den Fall einer Annahme der Initiative mit Recht erhebliche Befürchtungen in bezug auf eine Verwirklichung der Unterengadiner Kraftwerkprojekte hegen mußte und hegte. Tatsächlich wäre es in diesem Falle mit einer Realisation weiterer Grenzkraftwerke schwierig geworden, und die Leute vom Naturschutzbund hätten nicht gezögert, die Ansprüche in bezug auf den Nationalpark, die jetzt schon erheblich sind, noch weiter zu steigern.

Am Sonntagabend, als das Resultat der eidgenössischen Abstimmung feststand, ertönten im Bereiche der Baustelle von Rheinau — die Gemeinde selbst hatte übrigens die Initiative, unter aktivem Einsatz des Gemeindepräsidenten, verworfen — einige Petardenschüsse. Diese Demonstration wurde in der Presse beanstandet, anderseits wird man sie von Seiten der beteiligten Unternehmer und Arbeiter nicht ganz unbegreiflich finden. Wer die Bauarbeiten vor der Abstimmung besichtigt hatte, und dabei den geographisch bedingten Umstand ins Auge fassen konnte, daß 41% des Rheinstromes, des Werkes und des künftigen elektrischen Stromes dem deutschen Nachbarn gehören, für den konnte über die verhängnisvollen Folgen einer Annahme der Initiative kaum mehr ein Zweifel bestehen. Die Position der Schweiz wäre nach allen Richtungen stark beeinträchtigt worden, und dies alles mit der Aussicht, nach einer langen Periode eines üblen Stillstandes der Bauarbeiten am Ende auf dem Prozeßwege doch zur Weiterführung des Baues gezwungen zu werden. Auch wird man sagen können, daß die Sicherungen, welche bei diesem Bau zu

Gunsten des Naturschutzes festgesetzt sind — sie erreichen, rechnerisch, bei einer totalen Bausumme von 91 Millionen Franken immerhin den Betrag von 13 Millionen —, aller Voraussicht nach die Beeinträchtigung gering erscheinen lassen werden. Endgültig wird darüber natürlich erst in Zukunft entschieden.

Es wurde in der Diskussion um die Initiative viel von der rechtlichen «Ungeheuerlichkeit» gesprochen, die in dem Vorstoß zu erkennen war. Der beabsichtigte Eingriff war denn auch in rechtlicher Beziehung zweifellos nicht unbeträchtig, und man begreift deshalb die Bestrebungen, welche darauf ausgingen, die Initiative vom Parlament aus als unzulässig zu erklären. In diesem Zusammenhang ist nach der Abstimmung nicht ohne Grund die Forderung nach der Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit wiederholt worden, welcher als wichtigste Aufgabe die Erhaltung der in der Verfassung niedergelegten Zuständigkeitsordnung zuzuweisen wäre. Gewiß verdient dieser Vorschlag alle Beachtung, wenn man sich auch darüber klar sein mag, daß um seine Verwirklichung heftige Kämpfe auszufechten sein würden und der Zeitpunkt dieser Verwirklichung so durchaus in Frage gestellt ist.

Man wird sich einstweilen deshalb mit Recht darauf beschränken, mit Genugtuung Kenntnis von dem Umstand zu nehmen, daß sich das Volk auch in dieser Sache wieder durchaus auf der Höhe seiner Aufgabe erwiesen hat. Auch mag man für die Zukunft in guten Treuen die Ansicht vertreten können, daß es besser sei, die Entscheidungsmacht des Volkes selbst in solchen extremen Fällen nicht zu beschränken. Diese Entscheidungsmacht hat sich gerade in diesem Falle wieder als ein ausgezeichnetes politisches Ventil erwiesen, das gerade im richtigen Moment zum spielen gebracht wurde und seine Funktion, man kann schon sagen, in sachlicher wie auch stimmungsmäßiger Beziehung hundertprozentig erfüllt hat.

Militärische Umschau

Das faule Taubenei

Am 2. Dezember 1954 haben zwei Waadtländer Publizisten, *Samuel Chevallier* und *Jack Rollan*, der Schweizerischen Bundeskanzlei 80 515 Unterschriften zu einem Volksbegehren für eine Rüstungspause eingereicht. Auf die einzelnen Landesgegenden verteilen sich die Unterschriften wie folgt:

3 Kantone französischer Zunge	51 357	64%
3 zweisprachige Kantone	18 233	23%
16 Kantone deutscher und italienischer Zunge	10 925	13%
	80 515	100%

Aus den Kantonen Uri, Schwyz und Obwalden trägt die Initiative keine Unterschrift. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß auch die Unterschriften aus den Kantonen Bern, Freiburg und Wallis vor allem aus den Kantonsteilen französischer Sprache stammen und somit größtenteils ebenfalls der welschen

Schweiz zuzurechnen sind, deren Anteil auf etwa 65 000 Unterschriften oder 80% geschätzt werden darf. Es handelt sich somit vorwiegend um eine welsche Initiative, die Chevallier um die Osterzeit in der satirischen Zeitschrift *Le Bon Jour de Jack Rollan* unter dem Titel *Unser Osterei — das Taubenei!* gestartet hat. Die Initiative verlangt für 1955 oder 1956 eine massive Herabsetzung unserer Militärausgaben um die Hälfte, die Verwendung der so eingesparten Beträge für soziale und humanitäre Zwecke und die Überprüfung unserer Landesverteidigung, mit dem Ziel einer Herabsetzung der Ausgaben und der Militärdienstleistungen.

Der Vater des «Taubeneies», Samuel Chevallier, war Jurist und Stadtschreiber von Lausanne und ist heute als freier Journalist und Schriftsteller bekannt. Er betont, die Politik und vor allem die Parteipolitik sei ihm in der Seele zuwider. Er hat keinen Militärdienst geleistet und besitzt auch keine bestimmte militärische Konzeption¹⁾. Er bezweckt mit seiner Initiative eine Demonstration gegen das «unsinnige Rüsten» und verfolgt gleichzeitig humanitäre Zwecke²⁾. Daß seine Initiative rechtlich unzulässig ist, kümmert ihn offenbar ebensowenig wie die Unmöglichkeit ihrer Durchführung. Es geht ihm vor allem um die Diskussion. Er bildet sich offenbar etwas darauf ein, eine Diskussion über unsere Militärausgaben und die Konzeption unserer Landesverteidigung angeregt zu haben und übersieht dabei, daß diese bereits im Gange ist, seitdem der Bundesrat in seiner Botschaft zum Finanzprogramm 1953 eine Beschränkung der Wehraufwendungen und eine Überprüfung der Konzeption der Landesverteidigung in Aussicht stellte. Während Chevallier seine Unterschriften sammelte, befaßte sich schon seit 1953 eine außerparlamentarische Kommission mit der Überprüfung unserer Wehraufwendungen. Ihr umfangreicher Schlußbericht an den Bundesrat wird der wehrpolitischen Diskussion erneut Stoff liefern. Wenn man ferner an den Zwischenbericht des Bundesrates über die Abwicklung des Rüstungsprogrammes, an die letzte Flugzeugvorlage und an die Vorlage über Panzerbeschaffung erinnert, kann man sagen, daß die schweizerische Öffentlichkeit in reichem Maße Gelegenheit und Anlaß hat, Fragen der Landesverteidigung zu diskutieren, ohne daß es dazu eine Initiative braucht.

Im ersten Augenblick fand die Initiative in der Presse kaum ein Echo. Doch nach wenigen Tagen begannen die bürgerlichen Zeitungen der welschen Schweiz ihre Gegnerschaft auszudrücken, während die sozialdemokratische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Presse günstiger reagierte oder in einzelnen Fällen sogar zustimmte³⁾. Von amtlicher Seite nahmen schon im Mai Bundesrat Petitpierre und der Generalstabschef Stellung gegen die Initiative. Daß de Montmollin anläßlich einer kontradiktorischen Aussprache am Kongreß der radikalen Jugend der welschen Schweiz am 31. Oktober in Neuenburg auch persönlich die Klinge mit Chevallier kreuzte, ist besonders anzuerkennen⁴⁾. In sachlicher Weise setzte sich der frühere Ausbildungschef, Oberstkorpskommandant Frick, mit dem Problem der Militärausgaben auseinander⁵⁾. In einem Interview äußerte General Guisan, die Initiative grenze an Sabotage unserer Landesverteidigung, und er beurteilte sie als unbesonnen und unüberlegt⁶⁾. Am Radio bezeichnete er die Initiative geradezu als kriminell, nicht in ihrer Absicht, sondern in ihren Auswirkungen. «Sie appelliert an die ewigen Feigheiten, die in uns schlummern»⁷⁾. Auch die Presse bezeichnete die unverantwortliche Initiative «skurriler Witzbolde»⁸⁾ als niederträchtig⁹⁾ und utopisch¹⁰⁾. «Sie grenzt an Defaitismus gefährlichster Art»¹¹⁾. Ihre Annahme würde für unser Land geradezu eine Katastrophe bedeuten¹²⁾. Die *Schweizerischen Republikanischen Blätter* sprachen auch von einer Juxinitiative, die nicht als Geistesblitz, sondern als geistiger Kurzschluß bewertet wird¹³⁾.

Auf gewerkschaftlicher Seite bezeichnet Professor Marbach in der *Metallarbeiterzeitung* die Initiative als einen Attentatsversuch gegen die Sicherheit und den Bestand unseres Landes. «Mir scheint, daß das, was jetzt nicht nur dort, aber doch im wesentlichen in der französischsprachigen Schweiz an Antimilita-

rismus, Pessimismus und Defaitismus geleistet wird, ohne jede Schönfärberei und schöngeistige Zurückhaltung kompromißlos bekämpft werden muß»¹⁴⁾. Die Sozialdemokratie, die ihrerseits eine Herabsetzung der Wehraufwendungen und der Wehrpflicht verlangt, sieht zwar an der Initiative Chevallier einen sympathischen Zug, aber «praktisch ist sie ein nonsens»¹⁵⁾.

Die Initiative der «Chevallier's de la paix»¹⁶⁾ paßt ausgezeichnet in die Reihe der Aktionen der von Moskau dirigierten «Friedensfreunde», weshalb sie von der Partei der Arbeit wie von Nicoles dissidenten Kommunisten mit Freuden begrüßt und tatkräftig unterstützt wurde¹⁷⁾. Der *Vorwärts* begrüßte die Initiative als «Wohltat»¹⁸⁾. Die 10—15 000 Unterschriften aus der deutschen Schweiz und ein Teil der Unterschriften aus der welschen Schweiz dürften vorwiegend von den Kommunisten gesammelt worden sein.

Trotzdem die Initiative in eindeutiger Weise den Zielen Moskaus dient, ist sie nicht kommunistischen Ursprungs, sondern entspringt «der besonderen psychologischen Struktur und Reaktionsweise der welschen Miteidgenossen»¹⁹⁾, bei denen eine besonders «starke Anfälligkeit hinsichtlich ausländischer Einflüsse» festzustellen ist. «Das französische Schrifttum übt im welschen Einzugsbereich eine starke Wirkung aus... Es ist besonders die seichte und morbide französische Boulevardpresse..., die in erschreckendem Maße Anklang findet und einen Teil der welschen Zeitungen verheerend infiziert»²⁰⁾. Ein sehr angesehener welscher Journalist sprach uns gegenüber mit tiefstem Bedauern vom «feu de barrage de défaitisme» französischer Zeitungen, dem die welsche Jugend ausgesetzt sei. Bei der Beurteilung der Situation muß diesem schwerwiegenden Umstand Rechnung getragen werden. Wir fügen noch folgende Pressestimmen bei: Die Initiative ist der «ganz typische Ausdruck einer Nervenkrise, die einzelne Schweizer und einzelne Gruppierungen in unserer Volkschaft erfaßt hat»²¹⁾. Chevallier erscheint «als Exponent von jenem schweizerischen Defaitismus der Gegenwart, der die konjunkturbedingte Staatsmüdigkeit einiger Kreise unter humanitärem Vorwand zum Zuge kommen läßt»²²⁾.

Von besonderem Interesse ist die Haltung der beiden großen Studentenverbindungen unseres Landes. Trotzdem Chevallier als Student der schlagenden *Helvetia* angehört hatte, distanzierte sich diese Verbindung anlässlich ihres Zentralfestes in Langenthal mit aller Deutlichkeit von Bestrebungen, «die darauf abzielen, auf dem Weg einer Initiative die schweizerische Wehrkraft in gefährvoller Zeit in unverantwortlicher Weise zu schwächen. Sie verurteilt derartige Umtriebe»²³⁾. Immerhin soll die Diskussion im Schoße der «Helvetia» besonders von welscher Seite wenig erfreulich gewesen sein, weshalb denn auch von Helveterseite aus einzelne Zeitungen ersucht wurden, die Resolution gar nicht zu veröffentlichen! — Viel unerfreulicher war eine Woche später die Diskussion am Zentralfest der *Zofingia*. Als ein Antrag der Sektion Zürich auf öffentliche Stellungnahme gegen die Initiative Chevallier begründet wurde, ließ man den Redner durch ohrenbetäubendes Gejohl und Geheul vorerst überhaupt nicht zu Wort kommen und unterbrach dann ständig seine Ausführungen, wobei der Radau hauptsächlich von der Sektion Basel und der «unvermeidlichen Vaudoise» ausging. In der Abstimmung äußerte sich zwar eine Mehrheit von 60% für die beantragte Resolution, doch wurde damit die für eine öffentliche Stellungnahme erforderliche Dreiviertelsmehrheit bei weitem nicht erreicht. «Damit war aber die Zofingia in eine ausgesprochen peinliche Situation geraten»²⁴⁾.

Als Ausfluß dieses Defaitismus ist auch das Postulat anzusehen, welches der radikale Waadtländer Staatsrat und Ständerat *Despland* am 10. Dezember 1953 eingereicht hatte und vom Ständerat am 22. Dezember 1953 abgelehnt worden ist²⁵⁾. Der Veterinärroberst Despland verlangte dabei die Umstellung unserer Landesverteidigung auf eine Partisanenarmee und nahm zur Begründung seines Postulates Worte in den Mund, «die dem kommunistischen Jargon sehr nahe verwandt

sind»²⁶⁾. Es konnte daher nicht überraschen, daß Chevallier im «Bon Jour» damit prahlte, an der Spitze der Listen stehe die Unterschrift eines Obersten D. mit 4000 Diensttagen²⁷⁾. Als diese Mitteilung in der deutschen Schweiz einiges Aufsehen erregte²⁸⁾, zumal Despland das Organisationskomitee des Eidgenössischen Schützenfestes 1954 in Lausanne präsiert hatte, veröffentlichte er die Erklärung, er habe die Initiative nicht unterzeichnet, er erachte sie als lächerlich und gefährlich, er habe sie immer bekämpft und werde es weiter tun²⁹⁾! Aber diese deutliche Distanzierung von der Initiative kann die Tatsache nicht verwischen, daß das Partisanenpostulat Desplands und die Initiative Chevallier auf dem gleichen defaitistischen Boden gewachsen sind³⁰⁾. Das gleiche gilt von der im Großen Rat des Wallis eingereichten Motion, die eine Standesinitiative zur Herabsetzung der Wehrpflicht und der Dienstzeit verlangt und in der Form eines Postulates angenommen wurde. In der entsprechenden Eingabe an den Bundesrat verwahrt sich zwar der Walliser Staatsrat dagegen, daß sein Vorstoß mit der Initiative «Taubenei» in den gleichen Tiegel geworfen werde und möchte jede defaitistische Tendenz bestreiten³¹⁾. Doch ist auch hier die geistige Verwandtschaft mit der Initiative Chevallier und dem Postulat Despland so wenig zu verkennen wie bei zwei im Berner Großen Rat eingereichten Interpellationen aus dem Jura. Der freisinnige Schlappach (Tavannes) verlangte im Kampfe gegen die amerikanischen Uhrenzollerhöhungen die Verwendung von Militärkrediten zur Anpassung unserer Industrie³²⁾. Das Begehren des Sozialdemokraten Vuilleumier (Tramelan) auf Herabsetzung der Militärausgaben, der Wehrpflicht und der Dauer der WK wurde von Regierungsrat Gafner überzeugend bekämpft. In der Diskussion wurde u. a. auf Schweden verwiesen, das unter sozialdemokratischer Führung die totale Verteidigung des Landes intensiv vorbereitet³³⁾.

Chevallier kleidete seine utopischen Forderungen in die Form eines transitorischen Zusatzes zur Bundesverfassung und wählte für ihre Verfechtung den Weg der Volksanregung (Initiative) auf partielle Verfassungsrevision gemäß Art. 121 der Bundesverfassung. Seine Forderungen enthalten einen einmaligen politischen Auftrag an Bundesversammlung und Bundesrat auf den Gebieten der Landesverteidigung, der sozialen Fürsorge, der humanitären Hilfeleistung und damit auch auf dem Gebiet der Finanzgebarung und gehören daher in irgend ein politisches Aktionsprogramm, aber jedenfalls nicht in das Grundgesetz der Eidgenossenschaft, das die Beziehungen zwischen Bund und Kantonen, die Rechte und Pflichten der Bürger und die Aufgaben und Befugnisse der Bundesbehörden regelt. Konkrete Aufträge aber, welche die Finanzhoheit der Bundesversammlung und die Verwal-

¹⁾ Berner Tagblatt, 16. u. 17. 8. 54. ²⁾ Neue Bündner Zeitung, 4. 9. 54. ³⁾ Berner Tagblatt, 26. 5. 54. ⁴⁾ Feuille d'Avis de Neuchâtel, 1. 11. 54. ⁵⁾ Gazette de Lausanne, 28. 5. 54. ⁶⁾ Der Bund, 15. 7. 54. ⁷⁾ Die Tat, 11. 9. 54. ⁸⁾ NZZ, 8. 6. 54. ⁹⁾ Basler Nachrichten, 19. 6. 54. ¹⁰⁾ St. Galler Tagblatt, 26. 5. 54. ¹¹⁾ NZZ, 20. 6. 54. ¹²⁾ Schweiz. Republikanische Blätter, 11. 11. 54. ¹³⁾ Schweiz. Republikanische Blätter, 31. 7. 54. ¹⁴⁾ Nach Basler Nachrichten, 1. 7. 54. ¹⁵⁾ Berner Tagwacht, 19. 6. 54. ¹⁶⁾ Le Fribourgeois, Bulle, 17. 8. 54. ¹⁷⁾ Vaterland, 21. 8. 54. ¹⁸⁾ Das Aufgebot, 5. 8. 54. ¹⁹⁾ NZZ, 8. 6. 54. ²⁰⁾ Neue Bündner Zeitung, 15. 7. 54. ²¹⁾ Das Aufgebot, 19. 8. 54. ²²⁾ Die Tat, 11. 9. 54. ²³⁾ Der Bund, 6. 7. 54. ²⁴⁾ Zofingia, Nr. 8, Aug./Sept. 1954, S. 468, vgl. auch Zofinger Tagblatt, 12. 7. 54. ²⁵⁾ Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung, Wintersession 1953 (IV/53), S. 9, vgl. ferner Le National, Neuchâtel, 9. 1. 54, La Nation, Lausanne, 15. 7. 54. ²⁶⁾ Neue Bündner Zeitung, 15. 7. 54. ²⁷⁾ Der Zürcher Bauer, 8. 10. 54 und 19. 11. 54. ²⁸⁾ Vaterland, 16. 10. 54. ²⁹⁾ La Nouvelle Revue de Lausanne, 6. 11. 54, und NZZ, 9. 11. 54. ³⁰⁾ Vgl. Neue Berner Zeitung, 17. 8. 54. ³¹⁾ Neues Winterthurer Tagblatt, 1. 7. 54. ³²⁾ Berner Tagblatt, 8. 9. 54. ³³⁾ Neue Berner Zeitung, 19. und 20. 11. 54. ³⁴⁾ Vgl. Ernst Speiser, Rheinau-Initiative, in der Dezembernummer 1954 dieser Zeitschrift. ³⁵⁾ Fritz Fleiner, Schweiz. Bundesstaatsrecht, 1923, S. 396. ³⁶⁾ Bruno v. Muralt, Helvetische Typographia, Basel, 6. 8. 54.

tungstätigkeit des Bundesrates betreffen, gehören ebensowenig in dieses Grundgesetz unseres Bundesstaates wie die Rückgängigmachung einer Kraftwerkkonzession³⁴⁾. Die Form der Volksanregung für die Verfechtung solcher Forderungen stellt einen Mißbrauch der verfassungsmäßigen Volksrechte dar, gegen den die Verfassung leider schutzlos ist, solange keine Möglichkeit besteht, derartige Initiativbegehren bei einem Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig anzufechten. «So leichtfertig darf man mit Volksrechten, wie das Initiativrecht eines ist, nicht umspringen, sonst wird es zuletzt überhaupt niemand mehr ernst nehmen»³⁵⁾. Die Initiative verstößt aber auch formell gegen Art. 121 der Bundesverfassung, weil sie mehrere verschiedene Materien in einen Antrag zusammenkoppelt. Sie darf daher von der Bundesversammlung nicht an Volk und Stände geleitet werden, sondern ist von Amtswegen zurückzuweisen³⁶⁾.

Miles

Bericht aus Washington

Die Beherrschung des Kongresses durch die Demokratische Partei, welche bei den letzten Wahlen einen überzeugenden Sieg davontrug, wird sicher in den nächsten zwei Jahren interessante Rückwirkungen auf die amerikanische Außenpolitik haben. Der Sieg der Demokraten kam nicht unerwartet. Er wäre wahrscheinlich noch größer gewesen, wenn ihm nicht ein Faktor entgegengewirkt hätte. Dieser Faktor ist Präsident *Eisenhower* in Person. Er ist immer noch außerordentlich beliebt, und seine Bemühungen während des Wahlfeldzuges ersparten seiner Partei ohne Zweifel eine noch schlimmere Niederlage.

Seit ihrer Niederlage im Jahre 1952 haben die Demokraten im Kongreß die Reihen fest geschlossen. Wenn sie als Sieger bei der Arbeit ebenso fest zusammenhalten, wird ihr Einfluß in den kommenden Monaten größer sein als ihre verhältnismäßig geringe Mehrheit anzudeuten scheint, mit welcher sie das Kapitol beherrschen. Der Grund liegt in der Tatsache, daß durch die Partei des Präsidenten ein arger Riß geht und die Demokraten in vielen Fragen auf die Unterstützung eines Teils der Republikaner zählen können.

Man nimmt allgemein an, der neue Kongreß werde hitzige Kämpfe über verschiedene Probleme der Innenpolitik austragen, wie z. B. die Arbeitsgesetzgebung, die Agrarpolitik, der «McCarthyismus» und die Gesetzgebung auf dem Gebiete der natürlichen Hilfsquellen des Landes. Die beiden Parteien sind im Hinblick auf die meisten dieser Punkte geteilter Meinung.

Wo hört die Politik auf?

Überlieferungsgemäß hört in den USA die Politik «am Rande des Wassers» auf, und die Nation steht geeint hinter einer von beiden Parteien gebilligten oder parteilosen Außenpolitik. Leider ist jedoch diese Überlieferung in letzter Zeit häufiger gebrochen als befolgt worden. In gewissen internationalen Fragen herrschte zwar tatsächlich Einmütigkeit. Zum Beispiel wird wenig oder gar nicht über die amerikanische Politik in West- und Zentraleuropa und über die Führerrolle der USA in der NATO gestritten. Aber wie *Stevenson*, der nominelle Führer der Demokratischen Partei, unlängst in einer Rede sagte: «In Asien steht unser Vorgehen in einem scharfen und traurig stimmenden Gegensatz. Der Fall Chinas, der Krieg

in Korea und die Katastrophe in Indochina sind alle von Disharmonie, Uneinigkeit und teilweise von der schlimmsten Demagogie begleitet gewesen, welche in der Geschichte unserer Republik zu finden ist.» Stevensons Vorschlag lautet folgendermaßen: Die schwierigen Probleme Asiens sollen aus der amerikanischen Innenpolitik ausgeschaltet werden. Es besteht jedoch wenig Hoffnung, dieses Ziel zu erreichen. Allzu viele Parlamentarier, besonders jene der Weststaaten, scheinen zu glauben, es sei leichter, dadurch Stimmen zu gewinnen, daß man auf die Schuldigen zeige, welche in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht haben, als durch konstruktives Denken zur Verhütung weiterer Katastrophen. In dieser Atmosphäre werden die Beziehungen der USA zu ihren Verbündeten, im Hinblick auf die Probleme der Fernostpolitik, weiterhin schwierig bleiben, während im Inland die Aussichten auf eine Neuorientierung in lebenswichtigen Fragen ziemlich trübe sind.

Bei der Behandlung der asiatischen Fragen ist Eisenhower durch die tiefe Kluft stark behindert, welche seine eigene Partei trennt. Sein eigener Führer im Senat, Knowland, hat neulich einen Standpunkt eingenommen, der demjenigen des Präsidenten direkt entgegengesetzt ist. Obwohl sich die Funktionäre der Republikanischen Partei sogleich mit größter Eile bemühten, diesen Bruch zu flicken, ist er tatsächlich eben doch vorhanden, und er wird sich nicht so leicht überbrücken lassen. Knowland und zahlreiche andere Republikaner sind sehr unzufrieden über das «geduldige» Vorgehen des Präsidenten angesichts der chinesisch-kommunistischen Herausforderung. Sie möchten ein forscheres, draufgängerisches Auftreten der USA, während Eisenhower eher gewillt zu sein scheint, ein friedliches Nebeneinanderleben zu fördern.

Die meisten Demokraten scheinen bereit zu sein, den gleichmäßig maßvollen Kurs des Präsidenten in der Außenpolitik zu unterstützen; doch macht die neue Mehrheit im Kongreß Vorbehalte in bezug auf das militärische Programm, das hinter dieser Politik liegt. Die Demokraten haben sich konsequent gegen die von der Regierung vertretene Theorie der «massiven Vergeltung» eingestellt, und sie sind ganz und gar nicht begeistert über das «New Look»-Verteidigungsprogramm, welches im Laufe der letzten zwei Jahre aufgestellt worden ist. Nur die Tatsache, daß der Präsident selber ein berühmter Heerführer ist, hat verhindert, daß diese Frage mehr ins Rampenlicht gerückt wurde.

Wie stark soll die Luftwaffe sein?

Man darf erwarten, daß die Demokraten der Regierung vorhalten werden, ihr Programm sehe für die Luftmacht zu wenig vor. Die Luftwaffe nähert sich nun rasch der Erfüllung des Planes, der 137 Staffeln vorsieht, sechs Staffeln weniger als unter Truman geplant worden war. Sehr viele Leute sind der Ansicht, daß, wenn die Drohung mit «massiger Vergeltung» wirklich die beste Verteidigung des Landes ist, das gegenwärtige Programm für die Luftmacht ungenügend sei, besonders wenn man bedenkt, daß das luftatomische Potential der Sowjetunion stark zugenommen hat. Ferner gibt es eine nicht unbeträchtliche Gruppe von Leuten, die gegen die starke Betonung der Bedeutung der Luftmacht eingestellt sind und der Tendenz des jetzt gültigen Programms, die Zahl der Bodentruppen herabzusetzen, Einhalt gebieten möchten, ja sie sogar umkehren möchten. Bereits haben die sehr wirkungsvollen Argumente des Generals *Ridgway*, des Chefs des Armeestabes, die Verwirklichung der Pläne zur Reduktion der Bodentruppen verlangsamt. Schließlich bietet die Kriegsmarine ein Sonderproblem, weil sie sich genötigt sieht, viele Schiffe zu ersetzen, deren normale Lebensdauer innert fünf bis zehn Jahren zu Ende geht.

Es ist also die Aufgabe der Regierung, dem Kongreß ein Militärprogramm vorzulegen, das allen Erfordernissen entspricht und doch innerhalb wirtschaftlich tragbarer Grenzen bleibt. Sie arbeitet gegenwärtig ein solches Programm aus, das für die nationale Verteidigung im Jahre 1955 etwa die gleichen Ausgaben vorsieht wie für das Jahr 1954. Mit Bezug auf Größe und Zusammensetzung der bewaffneten Kräfte werden nur unbedeutende Änderungen vorgenommen; dagegen wird die Kampfbereitschaft aller etwas erhöht werden. Den gelenkten Geschossen und den kontinentalen Luftverteidigungs-Systemen wird erhöhte Bedeutung beigemessen werden. Die Marine wird etwas mehr Schiffe erhalten.

Man erwartet Einwände der Demokraten

Dieses Programm wird die demokratischen Kritiker der Regierung nicht befriedigen. Sie werden darauf drängen, daß größere Beiträge für Waffen bereitgestellt werden, besonders für den Ausbau der Luftmacht. Das Ergebnis dieser Bemühungen wird wahrscheinlich ein weiterer Kompromiß mit dem ursprünglichen «New Look»-Militärprogramm des Präsidenten sein, doch sind wirklich bedeutende Verschiebungen kaum zu erwarten. Tatsächlich ist es in den USA so, daß die verschiedenen Gruppen, welche auf die Verwirklichung der einen oder der anderen der verschiedenen Verteidigungstheorien drängen, fast gleich stark sind, so daß nach langen und hitzigen Diskussionen gewöhnlich ein Kompromiß zustande kommt. Ob das zu klugen Lösungen führt, ist eine offene Frage; daß es aber fortwährend geschieht, ist jedem klar, der die amerikanische Politik studiert.

Selbst wenn der Kongreß für die Luftmacht mehr bewilligen sollte als der Präsident fordert, was von verschiedenen Möglichkeiten noch die wahrscheinlichste ist, kann auch das bedeutungslos sein. Das gleiche geschah nämlich vor einigen Jahren, und Truman ließ die Summe ganz einfach «einfrieren», indem er ihre Verwendung untersagte.

Man hat gesagt, das wichtigste Geschäft eines Kongreßmitglieds bestehe darin, für seine Wiederwahl zu sorgen; obwohl diese Feststellung wahrscheinlich übertrieben ist, lohnt es sich, daran zu denken, daß die letzten Wahlen nicht etwa einen Abschluß bilden, sondern einfach die Bühne für den Wahlkampf des Jahres 1956 um die Präsidentschaft vorbereiteten. Ob die Führer der beiden Parteien im Kongreß und in der Exekutive politische Überlegungen ausschalten oder wenigstens in den Hintergrund schieben können, während sie die außenpolitischen und militärischen Programme ausarbeiten, wird die Zukunft zeigen.

Als Ergebnis der Wahlen ist wahrscheinlich ein Hindernis aus dem Wege geräumt worden. Bis letzten November glaubten viele Republikaner, ihre wirksamste politische Medizin im Kampf gegen die Demokraten sei die Beschuldigung der «Weichheit gegenüber dem Kommunismus» und einen Weg zu beschreiten, der als eine Vernichtung des Charakters bezeichnet werden kann. Dieses Jahr haben nun viele Demokraten auf ihrem Weg zum Sieg auf dieses Kampfmittel von Schmutz und Verleumdung verzichtet. Jene aber, die um eines vermeintlichen Sieges willen in die Gosse stiegen und mit Schmutz um sich warfen, werden sich vielleicht im Kielwasser der Niederlage reinigen wollen, und wenn dies wirklich der Fall ist, wird es vielleicht doch noch einen Weg geben, auf dem eine nicht parteigebundene, großzügige Lösung der vielfältigen und schwierigen Fragen der amerikanischen Außen- und Militärpolitik gefunden werden kann.

Eisenhower scheint sich alle Mühe zu geben, seinen Einfluß in diesem Sinne zur Geltung zu bringen, und sein Erfolg, besonders innerhalb seiner eigenen Partei, wird von allen, die guten Willens sind, herbeigesehnt.

Richard J. Davis

Bericht aus Tokio

Anti-Yoshida, nicht anti-amerikanisch!

Neuerdings wird häufig behauptet, die anti-amerikanische Stimmung in Japan greife immer mehr um sich, wobei als Beweis gerne auf die in den letzten Monaten deutlich gewordene Unzufriedenheit mit dem amerikafreundlichen Premierminister Yoshida hingewiesen wird. Doch werden bei einer solchen Argumentation zwei Dinge nicht scharf genug voneinander getrennt, indem nämlich die Opposition gegen Yoshidas einseitig pro-amerikanische Politik nicht ohne weiteres mit einer anti-amerikanischen Haltung überhaupt gleichgesetzt werden darf. Mit andern Worten: man ist hier weniger gegen die Vereinigten Staaten eingestellt als gegen Yoshidas ständige Verbeugungen vor diesem Lande. Er verletzt das allmählich wieder erstarkende Selbstbewußtsein und Selbständigkeitsgefühl der Japaner, sich als armer Verwandter, als «Waisenkind des Pazifiks», an den großen Onkel Sam gekettet zu wissen. Das Schauspiel japanischer Staatsmänner und Politiker, die immer wieder, um milde Gaben bittend, nach Amerika reisen, widert das Volk allmählich an. Doch nicht mit Unrecht sagen sich die vernünftig denkenden Japaner dabei: daran sind nicht so sehr die Amerikaner schuld, sondern vor allem wir selbst.

Überwindung der Besatzungspsychose

Bei der politischen Krise, die Japan augenblicklich durchmacht, geht es letzten Endes um diese wenn im allgemeinen auch noch unklar empfundenen Dinge. Wenn der Parteienkampf auch weitgehend auf persönlichen Ambitionen und Machtkämpfen beruhen mag, so liegen ihm doch die Suche nach einer neuen außenpolitischen Konzeption sowie der Wunsch zu Grunde, die nach dem Kriege von der Besatzungsmacht eingeführten Neuerungen der japanischen Art und dem japanischen Volkscharakter anzupassen.

Das «Problem Yoshida» hat eigentlich schon 1951 beim Abschluß des Friedensvertrages in San Franzisko begonnen, in dem Augenblick also, als Japan wieder selbständig wurde. Yoshida war ein geschickter Verwalter der japanischen Interessen in der Besatzungsperiode gewesen, und an seiner patriotischen Gesinnung hat nie jemand gezweifelt; doch erwarteten viele Japaner damals unwillkürlich, daß mit der Wiedererlangung der Selbständigkeit auch ein Regierungswechsel stattfinden müsse. Doch Yoshida, der Premierminister «unter» General MacArthur gewesen war, blieb an der Macht. Wie sich jetzt zeigt, hat er dabei zu wenig empfunden, daß er jahrelang eher von dem Prestige der Besatzungsmacht als vom Willen des japanischen Volkes getragen wurde. Daß inzwischen mehrfach Wahlen abgehalten wurden, spricht nicht dagegen, denn die Besatzungspsychose ist etwas, das ein Volk, besonders wenn es das zum erstenmal erlebt, nicht so rasch überwindet, um so weniger, wenn äußerlich gesehen manches gleich geblieben, d. h. das Inselreich nach wie vor mit amerikanischen Garnisonen übersät ist. Japan bemüht sich jetzt, die letzten Reste der Besatzungspsychose zu überwinden, und Yoshida ist das Opfer.

Yoshida fühlte sich so sicher, daß er trotz in Millionen gehender Bestechungsaffären und anderer Skandale, die seine Verwaltung und seine Liberale Partei betreffen, seine Stellung für unerschütterte hielt. Er verließ sich auch zu sehr auf die weitgehende politische Uninteressiertheit und auf die Lammesgeduld des japanischen Volkes, indem er seine steigende Unpopularität für politisch unbedeutend

hielt. Kein japanischer Premierminister, selbst nicht der militaristische General Tojo, hat Parlament, Öffentlichkeit und Presse jemals so herablassend und verächtlich behandelt wie der demokratische Yoshida. Man muß in Japan etwas höflicher sein — gerade auch, wenn man den Autokraten spielen will.

Der entschlossene Hatoyama

Man kann den alten liberalen Veteranen Ichiro Hatoyama (geb. 1883), den Präsidenten der am 24. November 1954 gegründeten Demokratischen Partei, als Personifikation des gegen Yoshida gerichteten Unwillens betrachten. Hatoyama, einst Präsident der Minseito-Partei, war immer liberal und antimilitaristisch eingestellt, so daß er zur Zeit der Militärdiktatur keine Posten innehatte. Trotzdem fiel er aber der von den Amerikanern inszenierten Säuberungsaktion zum Opfer. Seine Säuberung, bei der ihm sein ungeschicktes Verhandeln mit den Okkupationsoffizieren beträchtlich geschadet hat, war indessen sehr umstritten. Der alte Parteipolitiker ist heute über verschiedene Dinge erbost. Zum Beispiel darüber, daß er gerade in dem Moment, in dem er Premierminister werden sollte, «gesäubert» wurde. Außerdem hat ihm Yoshida später den Vorsitz der Liberalen Partei nicht wieder überlassen. Es ist nämlich Hatoyama gewesen, der 1945 die Liberale Partei, die jetzt beiseite geschoben werden soll, gegründet hat, und es war stillschweigend vereinbart worden, daß Yoshida nur solange Präsident der Partei sein sollte, als Hatoyama sich in Säuberungsschwierigkeiten befand.

Hatoyama ist ein Anti-Yoshida-Fanatiker. «Egoistisch, korrupt, diktatorisch» sind einige der lebenswürdigen Kriterien, die er ihm an den Kopf schleudert. Yoshida hingegen hat vor einiger Zeit hämisch erklärt: «Hatoyama soll sich lieber um seine Gesundheit als um Politik kümmern.» Tatsächlich ist Hatoyama nämlich recht kränklich.

Die neue Demokratische Partei

Die neue Demokratische Partei besteht aus der Masse der früheren Progressiven Partei (die Mitte November aufgelöst wurde), aus liberalen Dissidenten, die von Yoshida abgesprungen sind, und einigen kleineren Gruppen. Die ursprünglichen Bemühungen, Liberale und Progressive zu einer neuen konservativen Partei zusammenzuschweißen, sind bisher fehlgeschlagen, weil die Yoshida-Gruppe die Führung behalten wollte. So ist es gekommen, daß das konservative Lager heute in zwei sich heftig bekämpfende Parteien aufgespalten ist. Bisher verfügten die Liberalen über 230 Sitze im Reichstag und hatten damit die absolute Mehrheit inne, während nur ca. 70 Abgeordnete der Progressiven Partei angehörten. Heute ist die liberale Gruppe auf 183 Abgeordnete zusammengeshrumpft, und die Demokraten zählen 123 Abgeordnete. Die Liberalen befinden sich nunmehr also in der Minderheit, falls die Demokraten mit den Sozialisten zusammengehen (64 Rechtssozialisten und 72 Linksozialisten).

Von den führenden Persönlichkeiten der Demokratischen Partei ist wohl neben Hatoyama Mamoru Shigemitsu, bisheriger Präsident der Progressiven Partei, der einflußreichste. Shigemitsu ist Botschafter in Moskau und London gewesen (letzteres als Nachfolger Yoshidas bis zum Kriegsausbruch am 7. Dez. 1941) und war dann Außenminister sowie später gleichzeitig «Minister für Großostasien» im Kabinett Tojo und in zwei weiteren Kriegskabinetten. Er hat als Außenminister Japans bedingungslose Übergabe unterzeichnet und erhielt anschließend als Kriegsverbrecher eine Gefängnisstrafe von 7 Jahren, von denen er wegen «guter Führung» aber nur drei oder vier Jahre absitzen mußte. Ein anderer wichtiger Demokraten-Führer ist Nobusuke (oder Shinsuke) Kishi, der während des Krieges

Handelsminister im Tojo-Kabinett war. Die Demokraten werden deshalb zuweilen als die «alte reaktionäre Klique» bezeichnet, wenn auch wenig belastete Politiker wie Parteipräsident Hatoyama und der etwas schwankende Diplomat Hitoshi Ashida, der nach dem Kriege einmal Premierminister war, zu ihnen zählt.

Bewaffnete Neutralität?

Die Hauptprogrammpunkte der Demokraten sind, abgesehen von der Kampf-ansage gegen die Korruption und wirtschaftlichen Versprechungen allgemeiner Art, die folgenden:

1. Revision der Verfassung (wobei es nicht zuletzt um die Abschaffung des Antikriegs-Artikels geht) und der von der Besatzungsmacht stammenden Gesetze.
2. Eine unabhängige Außenpolitik und Normalisierung der Beziehungen zu verschiedenen Ländern, wobei besonderer Wert auf die Freundschaft und auf den wirtschaftlichen Austausch mit asiatischen Ländern gelegt werden soll.
3. Aufstellung einer kleinen, aber schlagkräftigen Selbstverteidigungstruppe.
4. Befreiung der japanischen Volkswirtschaft von der allzu großen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten.

Interessant ist es, daß die Demokraten, die ausgesprochene Befürworter der Wiederaufrüstung sind, zugleich für die Normalisierung des Verhältnisses zu Moskau und Peking sowie für den Handel mit Rotchina eintreten. Es gilt hier vorläufig als «pro-amerikanisch, wenn man für die neue japanische Armee eintritt, und natürlich als «anti-amerikanisch», wenn man offizielle Beziehungen mit den kommunistischen Ländern unterhalten will. Es sieht fast so aus, als ob in manchen Köpfen allmählich die für Japan neue Konzeption der «bewaffneten Neutralität» aufzukommen scheint.

Indessen ist es noch viel zu früh, um zu beurteilen, wie sich dieser Gedanke, den die Demokraten schwach andeuten, in Japan weiterentwickeln wird. Noch ist die japanische Armee nur eine kleine Kerntruppe, noch stehen daher die Amerikaner im Land und noch sind die Demokraten, die Yoshida durch Hatoyama ersetzen wollen, gar nicht am Ruder. Und falls sie an die Macht kommen, werden sie höchst wahrscheinlich eine Koalitionsregierung bilden müssen — vielleicht nicht mit ihren feindlichen konservativen Brüdern, den Liberalen, sondern mit den Sozialisten, die aus Anti-Yoshida-Gründen Hatoyama unterstützen wollen. Doch die neue Kräfteverteilung wird wohl von den Neuwahlen abhängen, die hier allgemein erwartet werden. Falls Yoshida schließlich nicht doch noch freiwillig zurücktritt, kann er nämlich den Reichstag auflösen, wenn er ein Mißtrauensvotum erhält. Die maßgebenden Wirtschaftskreise sind gegen Neuwahlen eingestellt, weil hohe Kosten damit verbunden sind, während die Volksmeinung eher dafür ist, und zwar aus dem Gefühl heraus, daß die jetzige Zusammensetzung des Reichstages nicht mehr der Volksstimmung entspricht. Kaum jemand erwartet hier, daß der Sturz Yoshidas eine Gewähr für eine stabile Regierung wäre, sondern es wird im Gegenteil angenommen, daß die innerpolitische Situation Japans noch eine Weile durch Unruhe und Unsicherheit gekennzeichnet sein wird. Die Unstabilität ist für die heutige Übergangsperiode des Landes bezeichnend, für die Übergangsperiode von der Besatzungspsychose zur selbständigen Politik.

Lily Abegg